



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/240 - 24. Oktober 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 218 31-33

Fernschreiber 0 886 880

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1 - 2	<u>Jetzt rechnen w i r nach</u> Behauptungen der CDU-Propaganda werden widerlegt Von Dr. Alex Möller, MdB	89
2 - 3a	<u>Politik mit der Kriegsforcht</u> Moskauer Verhöhnung von Menschheitssorgen	74
4 - 4a	<u>Treuester Fürsprecher Berlins</u> Paul Hertz ist von uns gegangen Von Siegfried Aufhäuser	60
5	<u>Statt einer Glosse</u> Epilepsia politica	41
6 - 7	<u>Nenni pocht an die Fere</u> Steuert Italien einer Regierung des linken Zentrums zu? Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani	92

* * *

* *

Jetzt rechnen w i r nach

Von Dr. Alex Möller, MdB

Wir erwarten eine künftige Bundesregierung unter ihrem neuen "alten" Kanzler; und dann wird wieder eine Regierungserklärung produziert. Wir werden der neuen Bundesregierung Gelegenheit geben, etliche Programmpunkte der SPD, die der Gegner im Wahlkampf noch für fragwürdig erklärte oder zu bagatellisieren beliebte, sachlich auf ihren Gehalt zu erproben. Man wird sich sofort nach der Regierungsbildung mit den Vorstellungen der Opposition beschäftigen müssen, zumal die Erklärung der kommenden Besitzbürgerblockregierung die Kapitulationsurkunde der FDP und die Einlösung der Wahlwechsel bestimmter Kreise der Großindustrie beinhalten wird.

Es sei daran erinnert, mit welcher Spiegelfechterei dem Regierungsprogramm Willy Brandts entgegnet wurde und was für bedenkliche Methoden den sozialdemokratischen Finanzplan zu widerlegen trachteten. Beides waren Verfahrensweisen, die wenig geeignet sind, der neuen Regierung einen guten Start in eine Situation zu ermöglichen, die nicht nur vom außenpolitischen Zündstoff geschwängert ist, sondern die auch eine konstruktive Lösung innenpolitischer Aufgaben von höchster Dringlichkeit erfordert.

Beauftragte Rechenjongleure

Da war die Broschüre "Was will die SPD", die sich zur Aufgabe setzte, die Berechnungen der Opposition zu widerlegen oder gar ad absurdum zu führen. Die Wähler sollten mit der Behauptung eklatanter Fehlschätzungen mit der Folge dann notwendiger Steuererhöhungen oder inflationistischer Tendenzen erschreckt werden. Jedenfalls sei mit Mehrausgaben - so m u s s e n die beauftragten Rechenjongleure behaupten - von rund 18,1 Milliarden DM zu rechnen, wenn die SPD-Forderungen realisiert würden. In CDU-Kreisen konnte man sich freilich auf keine Zahl einigen; ob mindestens 14 Milliarden DM oder gar 30 Milliarden DM Defizit im Finanzplan der Sozialdemokraten bestünde, war ohnehin unwichtig, wenn bloß darzutun gelang, daß die SPD finanzwirtschaftlich unglaubwürdig ist; man brauchte sich bei dieser "haltet den Dieb" - Methode nicht mehr mit Fragenkomplexen auseinanderzusetzen, die zu einem zeitgerechten gesellschaftspolitischen Leitbild gehören.

Wie es gemacht wurde

Verweilen wir bei der genannten Veröffentlichung, deren Verfasser Schrsiner hinsichtlich der emsig gezimmerten Zahlen und Vogel angesichts des widerlegten Gedankenfluges gleichwohl im Namen nicht mißverstanden werden wollen. Bringen wir uns nur kurz einen ihrer Rechnungsposter in Erinnerung: Von den vorgeblichen Mehrausgaben, die wir fälschlicherweise übersehen haben sollen, sind 9,75 Milliarden DM allein kulturellen Maßnahmen zugelasst, d.h. schon mit mehr als der Hälfte des sogenannten

Fehlbedarfs einem Ausgabenbereich, der gar nicht in die Zuständigkeit des Bundes fällt. Unsachgemäß wurden typische Länder- und Gemeindeaufgaben in die Verantwortung und den Haushalt des Bundes hineingezaubert. Davon sind wiederum Mehrausgaben für die Beschaffung von Schulräumen mit 5,5 Milliarden DM angesetzt; das sind immerhin rund 56 Prozent der ausschließlich von den Ländern und Gemeinden aufzubringenden Mittel, falls - und das ist das Entscheidende - die Gegenrechnung stimmen würde.

Schulausgaben sind ein klassisches Gebiet der notwendigen Verständigung in einem Finanzausgleich zwischen Ländern und Gemeinden. Dieser Ausgleich fällt unter die Gesetzgebungszuständigkeit der Länder, wenn man den Artikel 120 GG (Kriegsfolgelasten) mit seiner besonderen Verpflichtung für den Bund hier unbeachtet läßt. Im übrigen übernehmen die Länder weitgehend die Kosten für die Lehrkräfte, während die Sachkosten, insbesondere die Schulbaulasten, den Gemeinden zufallen. Die Gemeinden sind allerdings zum Teil auch an den Personalkosten beteiligt (Stellenbeiträge), während umgekehrt die Länder den Gemeinden und Gemeindeverbänden Zuschüsse und Beihilfen zu den Sachkosten gewähren. Die Länder sind auf diesem Wege maßgeblich an den Schulbaulasten beteiligt; Umfang und Rechtsverpflichtung sind unterschiedlich.

Vom Statistischen Bundesamt widerlegt

Werfen wir nun einmal einen Blick auf die amtlichen Zahlen über die Schulausgaben, die in den nächsten Tagen das Statistische Bundesamt vorlegt. Im Jahre 1959 betragen die Investitionen am Schul-Neu- und Wiederaufbau, an Erweiterungs- und Umbauten 1 175,6 Millionen DM, eine Summe, die weit von 5,5 Milliarden DM entfernt ist. Betrachtet man die Entwicklung der Bauausgaben für Schulen von rund 500 Millionen DM in 1952 auf annähernd 1,2 Milliarden DM in 1959, so mögen sie heute etwa die 1,5 Milliarden-Grenze erreichen. Vergleicht man des weiteren dazu die laufenden Kosten für Unterhaltung und Instandsetzung in Höhe von rund 117 Millionen DM, die praktisch nur ein Zehntel der übrigen Baukosten ausmachen, so dürften in diesen 1,2 Milliarden DM bereits erhebliche Aufwendungen für Erweiterungs- und Neubauten enthalten sein. Auch ohne Berücksichtigung der Grenzen unserer Baukapazität muß allein diese Ermittlung des Statistischen Bundesamtes zu der nicht widerlegbaren Feststellung führen, daß man mit der Angabe einer jährlichen Ausgabe in Höhe von 5,5 Milliarden DM sowohl die Grenzen der Phantasie als auch die der seriösen Argumentation verlassen hat.

Wenn allein mit den neuesten amtlichen Zahlen auf einem solchen beachtlichen Teilgebiet derartige größte Unrichtigkeiten des anderen Lagers offenkundig werden, dann erfährt der finanzwirtschaftliche Teil des Regierungsprogramms der SPD nach den Wahlen eine Bewertung, die noch einmal das Verantwortungsbewußtsein der hieran Beteiligten unterstreicht. Die Gegenseite hat in unverantwortlicher Weise Lieschen Müller mit Zahlen zu erschrecken versucht, weil man an die Sache nicht herankam. Wir werden in den nächsten Wochen und immer wieder mit den neuesten amtlichen Zahlen beweisen, w e r Recht gehabt hat. Jetzt rechnen w i r nach.

Politik mit der Kriegsfurcht

ler - Ob es die vom sowjetrussischen Ministerpräsidenten angekündigte Superbombe war, die in den Nachmittagsstunden des Montag im nördlichen Eismeer zur Explosion gebracht wurde, lässt sich mit absoluter Gewissheit nicht feststellen. Sicher ist jedoch, es war die bisher grösste und vielleicht auch folgenschwerste Auslösung einer Wasserstoffbombe. Sie erfolgte, obwohl aus allen Ecken der Welt Moskau und seine Botschaften im Ausland gebeten wurden, mit diesen teuflischen Verbrechen gegen die Menschheit endlich aufzuhören.

Die zunächst durch die verstärkte Verpestung der Luft durch erhöhte Radioaktivität unmittelbar betroffenen Länder Skandinaviens und Kanada sahen und sehen sich zu umfangreichen und kostspieligen Schutzmassnahmen genötigt. Die lebenden und noch ungeborenen Generationen beschreiten eine Gefahrenzone, von der niemand sagen kann, wo und wie sie enden wird. In Skandinavien und Kanada müssen Milch und andere lebenserhaltende Nahrungsmittel in den Tiefen der Erde aufbewahrt werden, um sie vor dem tödlichen Strontium zu schützen, jenen Stoff, der die Knochen zerfrisst und zu qualvollem Siechtum führt. Für Skandinavien haben die fortgesetzten Explosionen über dem Eismeer noch eine andere düstere Bedeutung. Die Polarwüster dienen der friedlichen Forschung; wegunutige Skandinavier waren es, die in der Vergangenheit der ganzen Menschheit wegweisende Forschungsergebnisse vermittelten. Soll ihnen in der Zukunft dieses weite Feld durch die Vergiftung von Luft und Wasser versperrt werden?

Kaltherzig und in einem Zynismus ohnegleichen setzen sich die Machthaber des Kreml darüber hinweg. Sie verschliessen sich den zum Strom angeschwollenen Protesten aus aller Welt, sie haben kein Ohr für die um ihre Zukunft bangenden Völker, ihnen, die sich selbst so oft rühmen, Schrittmacher der Menschheit zu sein, ist es gleichgültig, ob durch ihre Wahnsinnsexperimente mit nuklearen Waffen die Welt noch näher an den Rand des Abgrunds gedrückt wird. Die russischen Kommunisten betreiben im Atomzeitalter das Abscheulichste und Widerwärtigste, was sich denken lässt: sie betreiben eine Politik der Kriegsfurcht, sie wollen durch die Gewalt der von ihnen zur Explosion gebrachten Superbomben die Völker in Schrecken und Hysterie versetzen. Und das alles unter dem zum Hohn gewordenen Vorwand, sich schützen zu müssen vor einer möglichen "Aggression" der kapitalistischen Mächte. So der sowjetrussische Verteidigungsminister Malinowski in seiner von dunklen Drohungen und vom Machtrausch gespickten Rede auf dem in Moskau tagenden Kongress der russischen Kommunisten.

Kein Verantwortlicher im Westen denkt daran, Hitlers Überfall auf die Sowjetunion zu wiederholen. Die Friedenssehnsucht der Völker würde, gäbe es einen solchen Wahnwitzigen, ihn daran zu hindern wissen. Gerade die Vereinigten Staaten unter ihrer Regierung Kennedy mobilisieren alle geistigen und moralischen Kräfte ihres Landes zur Sicherung des Weltfriedens. Sie haben, wohl als bisher einziges Land der Erde, ein eigenes Amt für Abrüstung geschaffen, eben weil sie von den Gefahren eines ungehemmten Rüstungswettlaufs wissen.

Und die von der Sowjetunion vielgelästerte Bundesrepublik? Hat der Kreml die feierliche, von hohem sittlichen Ernst getragene Erklärung des Präsidenten des Bundestages, Dr. Gerstenmaier vom 30. Juni dieses Jahres überhört, sie in der Wind geschlagen?

"In diesem Hause wird sich keiner finden, der rückschauend nicht mit Gram und Schmerz auf das Unglück sieht, das der zweite Weltkrieg, der Krieg Hitlers, auch über die Völker des Ostens gebracht hat. Ich bin ganz gewiss, dass ich für alle Einsichtigen im ganzen deutschen Volk spreche, wenn ich sage, dass wir bereit sind, nach dem Maße unserer Kraft und nach dem, was die Gerechtigkeit gebietet, dafür einzustehen, dass die Folgen dieses Krieges überwunden werden und ein neues Verhältnis auch zwischen Deutschland und seinen Nachbarn im Osten zustande kommt."

Wohlgemerkt, die freigewählte Vertretung des deutschen Volkes hat diese Erklärung gutgeheissen, sie als Richtschnur für deutsche Politik anerkannt. Gilt das nichts?

Es gibt für die Mäner des Kreml heute nicht die geringste Veranlassung, nicht den geringsten Vorwand, den Terror, mit dem die bolschewistische Revolution vor mehr als 40 Jahren begann, nun in Gestalt von explodierenden Superbomben auf die übrige Menschheit auszudehnen. Sie beschwören damit dunkle, unberechenbare Gefühle und Kräfte der Abwehr und Gegenwehr und ein Chaos herauf, das auch die mächtige und selbstbewusste Sowjetunion verschlingen kann.

Noch ist es nicht so weit. Denen aber, die heute die sowjetische Politik immer noch verteidigen, für die Anschläge gegen die Menschheit immer noch entschuldigende Erklärungen finden, sei gesagt, sie verteidigen etwas, das unvereinbar mit dem Fortbestand der Menschheit ist.

+ + +

Treuester Fürsprecher Berlins

Von Siegfried Aufhäuser

In der Stunde, da sich Paul Hertz in der Erfüllung seiner Lebensaufgabe um die wirtschaftliche Selbstbehauptung Berlins bis zum letzten Atemzug aufs Höchste bewährte, ist der große Sozialist, der ganze Mensch und der Wissende, staatsmännisch orientierte Volkswirt einem Herzleiden erlegen. Am 23. Juni 1961 hatte der tapfere Kämpfer das 73. Lebensjahr vollendet. Seine Laufbahn war symptomatisch für den selbstgebahnten Lebensweg vom gewerkschaftlichen und politischen Vertrauensmann der Arbeiterbewegung zum Staatsmann.

Als Handlungsgehilfe war Hertz bereits 1904 als einer der Pioniere dem Zentralverband der Handlungsgehilfen beigetreten, um schon nach kurzer Zeit als Gauleiter der Angestellten in wichtigen Wirtschaftsgebieten aktiv zu werden. 1910 bis 1914 studierte er Volkswirtschaft und 1914 promovierte Hertz in Tübingen zum Dr. rer. pol. mit einer Dissertation über die Gewerkschaftspresse; ohne vorher das Abitur zu haben, war er einer der ersten Prüflinge, die zur Begabten-Promovierung zugelassen wurden. Politisch verdiente sich Hertz die ersten Sporen im Zentralbildungsausschuß der SPD und als Redakteur der "Leipziger Volkszeitung". Nach Rückkehr vom Kriegsdienst wurde Hertz in schwerster Zeit Wirtschaftsredakteur des Organs der unabhängigen Sozialdemokratie "Freiheit".

Als leidenschaftlicher Gegner jeder nationalistisch gerichteten Bewegung wirkte Hertz mit Eduard Bernstein, Karl Kautsky, Hugo Haase und Rudolf Hilferding im ersten Weltkrieg für eine baldige Völkerverständigung. 1922 war er aber die motorische Kraft, um die über die Kriegskredite entstandene Spaltung der deutschen Sozialdemokratie schnellstens wieder zu überwinden. Nach der Vereinigung von SPD und USPD hatte er sich als Sekretär der Reichstagsfraktion als Wirtschafts- und Finanzexperte bald unentbehrlich gemacht. Seiner Tätigkeit im Reichstag war eine erfolgreiche kommunalpolitische Wirksamkeit im

Rathaus vorausgegangen. Auch hier strahlte Hertz mit seinen Kenntnissen eine positive Wirtschaftspolitik aus. Weit über den Rahmen der Partei war der ganze Reichstag Nutzniesser seiner schöpferischen Kräfte, insbesondere in der Steuerpolitik. So darf die Lohnsteuer, als Ausführung der Ideen von Paul Hertz, vermerkt werden.

Als 1933 die Freiheit aus dem Dritten Reich verbannt wurde, musste auch Hertz in die Emigration gehen, zunächst nach Prag, dann nach Paris und zuletzt nach den Vereinigten Staaten. Er führte von dort aus den Kampf gegen den Nazismus unentwegt weiter und er konnte vor allem in den USA viele massgebliche Amerikaner für ein neues und anderes Deutschland gewinnen, was ihm später als Wirtschaftssenator zugute kam.

1949 verlangte Ernst Reuter dringend die Rückkehr von Paul Hertz, um die bis auf den Boden zerstörte Wirtschaft mit mehr als dreihunderttausend Arbeitslosen wieder zu reaktivieren. Obwohl sich Hertz eine dreimonatige Probezeit erbeten hatte, entschied er sich am Abend des ersten Tages für das Verbleiben in Berlin. Die folgende Durchführung der ERP-Hilfe, die am Anfang der Investition für die Berliner Wirtschaft stand, war sein Werk. Hertz war es auch, der mit dem Notstandsprogramm den ersten Einbruch in die Massenarbeitslosigkeit erreichte. Wenn er in der Folgezeit eine Massenbeschaffung von neuen Arbeitsplätzen durchsetzte, so nicht zuletzt aus dem Erkenntnis, dass ungeachtet aller Gegensätze zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern für die Erneuerung von Berlin ein Zusammenwirken von Wirtschaft und Arbeit unerlässlich ist. Dabei hat Hertz oft darauf verzichtet, "populär" zu sein, und so wurde er der Helfer der arbeitenden Menschen im zerstörten Berlin. Die Bereinigung des Berliner Arbeitsmarktes, die Ersetzung einer chaotischen Stadt durch eine geordnete Wirtschaft mit organischer Zusammenarbeit der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft bleiben das grosse Verdienst von Paul Hertz. Noch in den letzten Stunden seines Lebens, als dieses tapfere Herz nicht mehr genügend Tragfähigkeit besass, rief der vom Tode berührte Senator für Wirtschaft seine leitenden Mitarbeiter ans Krankenbett, um die Situation zu besprechen. Dann sollte Berlin seinen treuesten Fürsprecher und Sachwalter verlieren.

Statt einer Glosse

(Ausschnitt aus einem Vortrag vor dem internationalen Kongreß für politologische Medizin 1961)

"... ist es gelungen, einen neuartigen Fall politischer Krankheit genauer zu untersuchen. Die Tatsache, daß diese Krankheit jetzt als Epidemie aufgetreten ist, weist auf ihre Übertragung durch einen Bazillus hin, während die normale Fallsucht bekanntlich eine organische, also nicht ansteckende Krankheit ist. Der gegenwärtig grassierende Bazillus befällt vorwiegend Menschen einer bestimmten politischen Richtung, weshalb wir eine Spezialart dieser Krankheit vermuten, die wir Epilepsia politica mendea genannt haben.

Bereits kurz nach der Infektion treten die ersten Symptome in Gestalt von starken Schwellungserscheinungen an Brust und Rückgrat auf, was den - allerdings irrigen - Eindruck einer Verstärkung des Letzteren hervorruft.

Das nächste Stadium beginnt mit einer Abnahme der Sehkraft bis hin zu mentaler Kurzsichtigkeit. Der Patient, den wir in der liberalen Politiklinik untersuchen konnten, zeigt einerseits das Bestreben, sich mit sehr engen Mauern zu umgeben, andererseits, diese wieder zu durchbrechen. Da er dabei offene Türen geflissentlich verschmäht, ist dieses Stadium nicht ungefährlich.

Wir haben zu diesem Zeitpunkt einen Rechentest veranstaltet, der zunächst eine ständige Verwechslung der Zahlen 67 und 250, genauer gesagt: der Hälfte von 499 ergab. Die Zahlen 203, 270 und 521 wurden nicht einmal hilfsweise zur Erlangung eines annehmbaren Resultates verwandt. Ein richtiges Ergebnis war auch schon deshalb nicht zu erreichen, weil der Patient in einer Zwangsvorstellung ständig die Rechnung mit der Zahl 455, genauer gesagt: 203 plus 252 verfälschte.

Der weitere Verlauf der Krankheit ist durch das progressive Verschwinden des Gleichgewichtssinnes und eine außerordentliche Abneigung gegen die senkrechte Haltung gekennzeichnet. Die zunächst bevorzugte, Scaräglage geht sehr bald in die Stabilität der Waagerechten über. Der Patient ergriff mehrfach die Füße der Vorübergehenden, setzte sie sich auf den Nacken und erklärte dies mit seiner Vorliebe für "echte Partnerschaft". Auch behauptete er, sich nur einem Dritten zu Gefallen, der ihn angestoßen habe, auf den Bauch gelegt zu haben. Zu diesem Zeitpunkt ist der Zustand des Patienten bereits sehr ernst.

Als Therapie wurden Injektionen mit Liberalin versucht, die in der Regel eine Verschärfung des Unterscheidungsvermögens zwischen freier Geisteshaltung und schrankenloser Unterwerfung bewirken. Die Kur war jedoch erfolglos, so daß die Krankheit zur Zeit als unheilbar gelten muß. Infolge ihrer Wirkung auf die Umwelt muß damit gerechnet werden, daß der Patient den Exitus ridiculosus (Tod durch Lächerlichkeit) erleiden wird.

+ + +

W.J.

Nenni pocht an die Tore

Von unserem Korrespondenten in Rom, Franca Magnani

Die Quintessenz der offiziellen Erklärung, welche die stürmisch verlaufene Zentralkomitee-Sitzung der Linksozialisten herausgegeben hat, besteht darin, dass die Mehrheit der Partei sich eindeutig und klar für eine Regierung des linken Zentrums ausgesprochen hat und bereit ist - direkt oder indirekt - jedermann zu unterstützen, der willig ist, diese zu verwirklichen.

Dieser Beschluss stellt keineswegs eine überraschende Wendung der linkssozialistischen Politik dar. Er bedeutet vielmehr eine Bestätigung der auf dem letzten Parteitag in Mailand gefassten Resolution und stellt eine definitive Klärung der linkssozialistischen Politik dar. Gewiss, Nenni steht nicht eine überwältigende Mehrheit zur Verfügung - 56 Mitglieder des Zentralkomitees, die sich zu den Autonomisten, und 34, die sich zur Opposition bekennen. Diese Minderheit ist aber nicht so geschlossen, wie man annehmen könnte, doch sie ist äusserst kampflustig und lehnt - unter den heutigen Umständen - jegliche Mitarbeit mit den Katholiken ab.

Das Bestehen einer Minderheit und Mehrheit in der Sozialistischen Partei - sowie deren Kräfteverhältnis - sollte der herbeigeführten Klärung keinen Abbruch tun. Wichtig ist, dass die Minderheit die Politik der Mehrheit nach allen Regeln des demokratischen Spiels zu achten gewillt ist. Bis dahin kann der linken Strömung nicht der Vorwurf gemacht werden, diese Regeln missachtet zu haben, und es mutet mindestens eigenartig an, wenn gerade von christlichdemokratischer Seite diese Bedenken ausgesprochen werden, um das Vertrauen der demokratischen Parteien zu Nenni zu untergraben. Denn wie jedermann weiss, waren es gerade die "Heckenschützen" in der christlichdemokratischen Partei (DC), die das zweite Kabinett Fanfani zum Sturz führten.

Verstärkte Stellung Nennis

Das wesentliche Ergebnis des letzten sozialistischen Zentralkomitees bleibt die Tatsache, dass Nenni seine Stellung verstärkt hat, nachdem - oder obschon - er sich o f f e n für eine Regierungsbildung des "linken Zentrums" ausgesprochen hat. Das Ergebnis erscheint so eindeutig klar, dass hin und wieder von einer "Spaltung" der Sozialistischen Partei (PSI) die Rede ist, obschon dem politischen Beobachter diese Lösung des Problems im Augenblick wenig wahrscheinlich erscheint. Die einzige mögliche Karte für die Opposition scheint - abgesehen davon, sich diszipliniert dem Beschluss der Mehrheit zu fügen - die Einberufung eines ausserordentlichen Parteitages.

Die innenpolitische Lage des Landes benötigte dringend diese positive Klärung von seiten der Linksozialisten. Die Regierung vermag sich praktisch nur auf Grund eines Kompromisses der innerhalb der DC bestehenden Gegensätze zu halten; zwei der Parteien, welche diese schwerkranke Regierung unterstützen - Sozialdemokraten und Republikaner - verpassen keine Gelegenheit, um zu erklären, dass sie kein Vertrauen mehr zu ihr haben. Sie sind aber bereit - zusammen mit den

Linkssozialisten - ihr Vertrauen einer Regierung auszusprechen, die eine Politik des "linken Zentrums" auszuführen verspricht.

Nichts steht - objektiv gesehen - der Bildung einer neuen Regierung im Weg, falls es die Democrazia Cristiana wirklich wünscht. Aber will die DC eine Regierung des linken Zentrums überhaupt? Das ist die Frage, die offiziell auf dem nächsten Parteitag (Januar) zuoberst auf der Liste stehen wird. Von der in diesem Zusammenhang erteilten Antwort wird es auch abhängen, ob die wiedergewonnene Selbständigkeit der Linkssozialisten sich in eine demokratische Politik westlicher Prägung konkretisieren kann, oder ob man diese Gelegenheit der linkssozialistischen Bereitschaft zur demokratischen Zusammenarbeit verpassen wird.

Wann erfolgt der offene Ausbruch der Krise?

Ziemlich unerwartet kam vor einigen Tagen eine in Mailand gehaltene Rede Nennis, in welcher er u.a. den Sozialdemokraten und Republikanern vorwirft, nicht unverzüglich eine Regierungskrise einzuleiten und auf diese Weise praktisch das politische Machtmonopol der Democrazia Cristiana zu begünstigen, "wie sie es immer getan haben". Möglicherweise war dieser scharfe Angriff dazu bestimmt, den Sturm in der eigenen Partei zu legen und den von der Opposition gewonnenen Eindruck zu mildern, die Parteileitung habe sich gegenüber der Democrazia Cristiana allzu nachgiebig erwiesen.

Auf die Frage, ob man eine Krise sofort herbeiführen soll - wie Nenni es verlangt - oder ob es besser wäre, den nächsten Parteitag der DC abzuwarten, wählen die Sozialdemokraten den zweiten Weg. Nenni selber - so argumentieren sie - habe einst erklärt, man müsse eine klare programmatische Verpflichtung von Seiten der DC abwarten. Die Sozialdemokraten wollen keine Krise ihrer selbst willen, sondern sie beabsichtigen dadurch eine politische Situation zu schaffen, aus der eine Regierung des linken Zentrums unter den besten Voraussetzungen herauswachsen könne. Eine jetzige Krise - so führen sie weiter aus - würde der DC das von ihr so sehr erwünschte Alibi verschaffen, um ihren Parteitag zu verschieben.

Die Republikaner dagegen wären bereit, sofort eine Krise einzuleiten; sie sind der Meinung, dass die DC sich nie zum "linken Zentrum" entschliessen kann, wenn sie nicht vor ein fait accompli gestellt wird. Und ganz besonders werde die Stellung Nennis in der eigenen Partei durch ein ständiges Hinausschieben geschwächt.

In politischen Kreisen ist man allgemein davon überzeugt, dass diejenigen Strömungen innerhalb der Democrazia Cristiana, die sich einer "Öffnung nach links" widersetzen, mächtig und stark sind. In einem dem Parteisekretär Moro zugeschriebenen Artikel im christlichdemokratischen Parteiorgan "Il Popolo", erscheint die Democrazia Cristiana sehr bemüht, das Gespräch mit den Linkssozialisten offen zu halten, ohne die positiven Schritte anerkennen zu wollen, die diese im letzten Jahr gemacht haben, und sei es auch nur aus taktischen, innerparteilichen Erwägungen. Es wird aber der DC diesmal kaum gelingen, der wesentlichen Frage über ihre Bereitschaft zum "linken Zentrum" auszuweichen. Dieses dauernde Verschieben auf unabsehbare Zeit hinaus ist ein Luxus, den sich Italien nicht leisten kann.

+ + +

Verantwortlich: i.V. Albert Exler